Marianne Spring

Stadtverordnetenversammlung Cottbus z.Hd. Herrn Stadtverordnetenvorsteher Herrn Drogla E-Kästner-Platz 1 03046 Cottbus 18.4.2014

Sehr geehrter Herr Drogla,

ich mache hiermit erneut als Bürgerin von Cottbus von meinem Recht Gebrauch und stelle hiermit folgende Anfrage, die im Rahmen der öffentlichen Einwohnerfragestunde beantwortet werden soll.

Abwasserstreit - Widersprüche werden abgelehnt

In einem offenen Brief beklagt die Bürgerinitiative Altanschließer das jetzt quartiersweise Ablehnungsbescheide gegen die Widersprüche verschickt werden und dem Bürger, der das nicht hinnehmen will nur noch der Klageweg bleibt. Warum macht Cottbus den Weg nicht frei und lässt Musterklagen zu, damit das Prozessrisiko für den Bürger minimiert wird?

Entgeltregelung

Es ist bekannt das inzwischen Brandenburger Kommunen im Abwasserstreit mit den Bürgern einlenken und auf die Entgeltregelung umsteigen.

Der auf der Homepage des Beigeordneten Herrn Nicht angegebene Betrag in Höhe von 5 Euro pro Kubikmeter nach Verbrauch wird von mir angezweifelt, da ja die Verwaltung Cottbus den jetzt zugrunde gelegten Betrag bei der Kanalanschlußgebühr in Höhe von 3,40 Euro pro Quadratmeter vor Gericht nicht vollständig belegen konnte und das Gericht der Verwaltung glaubte. Die Berechnungsgrundlage für Kanalanschlüsse auf der Basis pro Qudratmeter kann niemals die Grundlage sein, denn ein Quadratmeter produziert kein Abwasser, sondern nur der Wasserbraucher.

Wer garantiert, das der Betrag 5,00 Euro pro Kubikmeter Verbrauch eine stimmige Kalkulation ist?

Der Bürger hätte bei der Einführung der Entgeltregelung die Möglichkeit den Preis beim Kartellamt prüfen zu lassen. Nur Glauben zählt dann nicht mehr und das wäre ein großer Vorteil für die Bürger.

Warum verschließt sich Cottbus generell neuen Wegen und beharrt auf der aus dem Jahre 1993 stammenden Regelung der Mischfinanzierung?

Mit freundlichen Grüßen Marianne Spring